

Gewalt gegen Frauen beenden!

Warschau – Wie Frauen europaweit vor Gewalt geschützt werden können und wie die Politik eine einheitliche Gesetzgebung in Europa durchsetzen kann– darüber diskutierten die rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 12. WAVE-Konferenz, die vom 14. bis 16. Oktober in Warschau stattfand und Expertinnen und Experten aus ganz Europa anzog. Veranstaltet wurde die Konferenz mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom WAVE-Netzwerk und dem European Info Centre Against Violence. Jolanta



Kwaśniewska, Vorsitzende der Stiftung Verständigung ohne Grenzen, trat in ihrer Eröffnungsrede für die Verbesserung des polnischen Gesetzes zur Bekämpfung von Gewalt in der Familie ein und wies darauf hin, wie wichtig präventive Maßnahmen seien: „Es geht nicht darum Feuer löschen, sondern dem Brand bereits vorzubeugen“. Auch

Jolanta Fedak, Ministerin für Arbeits- und Sozialpolitik, sprach sich für eine Verbesserung des Gesetzes aus und betonte wie wichtig die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen in diesem Bereich sei. Es müsse ein „gesellschaftlicher Umdenkprozess“ in Gang gesetzt werden. Daran anschließend berichtete Christine Bergman, Mitglied des Vorstands der FES und unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, über den Perspektivwechsel, der sich in der deutschen Gesellschaft seit den 1990er Jahren vollzogen habe. So würde über das Thema Gewalt gegen Frauen inzwischen gesamtgesellschaftlich diskutiert und nicht mehr nur als Problem der Opfer abgetan. Insofern sei es auch wichtig, dass auf europäischer Ebene enger zusammengearbeitet werde und ein intensiver Austausch zwischen den Ländern erfolge. Dazu nötig: eine europaweite Gesetzgebung zum Schutz gegen Gewalt. „Geschlechtergleichheit ist dabei eine Demokratiefrage. Gewaltfreies Zusammenleben ein Zeichen der Entwicklung einer Gesellschaft“, so Bergmann.

Anschließend diskutierten Rechtsexpertinnen, Politiker und Politikerinnen sowie Mitarbeiterinnen von Hilfseinrichtungen Fragen der rechtlichen Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sowie die Bereitstellung von Hilfsangeboten. Die Diskutanten waren sich einig: Entscheiden ist hierbei die überinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Stellen. Polizei, Gerichte, Sozial- und Jugendämter sowie nicht-

staatliche Beratungseinrichtungen müssen Hand in Hand arbeiten, um Gewalt erfolgreich vorzubeugen.

Wichtig, so waren sich die Diskutanten einig, sei die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Polizei, Bezirksgerichte, Sozialhilfeämter und andere soziale Anlaufstellen müssten hier Hand in Hand arbeiten. Mögliche Maßnahmen seien beispielweise die Einrichtung einer „Rettungslinie“, ein Konzept, das im Warschauer Stadtteil Wola bereits seit einigen Jahren Anwendung findet. Auch die spezifische Schulung von Personal sei wichtig, um effektive Hilfe und Prävention zu gewährleisten. Carmen Romero López, Berichterstatterin für den Innenausschuss des Europaparlaments, stellte auf europäischer Ebene die Initiative Spaniens zur Einführung einer Europäischen Schutzanordnung vor. Diese würde die Mitgliedsstaaten verpflichten, Gewaltschutzgesetze für Unionsbürger in ihre nationalen Gesetze zu integrieren und um nationale Schutzmechanismen zu ergänzen, damit die entsprechenden Schutzentscheidungen anderer EU-Staaten anerkannt und umgesetzt würden. Paula Krol, Mitglied des Europarates, berichtete

darüber hinaus über die Arbeit von CAHVIO, das eine neue völkerrechtliche Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erarbeitet. Die drei wichtigsten Schlagworte dabei seien „Vorbeugung, Schutz, Verfolgung“. Durch die Konvention soll die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt und die



Zusammenarbeit mit den Behörden ausgebaut werden. In Fragen der Bereitstellung ausreichender Mittel für Frauenhilfsangebote wurde vor allem über die Qualität der Hilfsangebote diskutiert. Wer sollte Hilfsangebote für Frauen anbieten? Wie kann man deren Qualität kontrollieren? Urszula Nowakowska vom Zentrum für Frauenrechte Warschau kritisierte in diesem Zusammenhang die Situation in Polen. Es gebe zu wenige spezialisierte Hilfszentren und zu wenig sachgerechte Beratung von Frauen und Männern. „Solange wir nicht erkennen, dass Gewalt gegen Frauen ein politisches und gesellschaftliches Thema ist, werden auch weiterhin zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um das Problem zu lösen“, so Nowakowska. Nach diesen öffentlich geführten Debatten fanden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einzelnen Workshops zusammen, um noch einmal vertiefend zu diskutieren.

Während der gesamten Konferenz und in den Pausen fand ein reger Austausch zwischen den aus ganz Europa angereisten Expertinnen und Experten statt. Getreu den eigenen

Forderungen nach intensiverer interdisziplinärer Zusammenarbeit vernetzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiter und tauschten Erfahrungen im Umgang mit ihnen gemeinsamen Schwierigkeiten auf dem Feld der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen aus.